

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Paderborn

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Mittwoch, 30.07.2025, 10:00 Uhr,

II. Etage, Sitzungssaal 218, Am Bogen 2 - 4, 33098 Paderborn

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Etteln, Blatt 30,

BV lfd. Nr. 24

Gemarkung Etteln, Flur 5, Flurstück 654, Gebäude- und Freifläche, Im Bohme,
Größe: 1.490 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten: Es handelt sich um ein unbebautes Grundstück der Gemeinde Borcheln, Ortsteil Etteln.

Das 1.490 m² große Wohnbaugrundstück "Im Bohme" liegt ca. 700 m südlich der kath. Kirche. Der nordöstliche Teil des Grundstücks ist als Grünfläche (Zweckbestimmung: Parkanlage) festgesetzt.

Das Objekt wird an der südlichen Grundstücksgrenze durch die Straße "Bohmweg" sowie im östlichen Teilbereich durch die Straße "Auf der Schanze" erschlossen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 25.02.2020 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

77.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.